Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10153
20. 03. 98

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. März 1998

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Ist der Bundeskanzler bereit, zu verhindern, daß das am 2. Juni 1992 vom Kabinett beschlossene Organisationskonzept der Bundesregierung im Zuge des Bonn/Berlin-Umzuges dahin gehend verändert wird, daß sich die Leitung eines Bonn-Ressorts (z. B. des Bundesministeriums der Verteidigung) – entgegen auch der Vorgaben des Berlin/Bonn-Gesetzes – dauerhaft in Berlin ansiedelt, und kann der Bundeskanzler die Gültigkeit des erwähnten Organisationskonzeptes bestätigen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

2. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welche Bilanz zieht die Bundesregierung aus den bisherigen Erfahrungen mit dem vor zwei Jahren abgeschlossenen Kulturabkommen mit der Republik Bulgarien, und wie sieht die Bundesregierung die weitere Entwicklung der deutsch-bulgarischen Kulturbeziehungen?

3. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, vorhandene freie Kapazitäten an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl für die Ausbildung von bulgarischen Verwaltungsfachkräften zu nutzen, so wie dies auch mit russischen Verwaltungsfachkräften geschieht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

4. Abgeordneter **Kurt Neumann (Berlin)** (fraktionslos)

Auf welche Bestimmungen des Grundgesetzes bzw. auf welche verfassungsrechtlichen Erwägungen stützt die Bundesregierung ihre dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergaberechtsänderungsgesetz VgRÄG;

Drucksache 13/9340) zugrundeliegende Rechtsauffassung, es gäbe eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes, gegenüber Ländern und Gemeinden abschließend zu regeln, welche Kriterien diese bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigen dürften?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordneter **Jürgen Augustinowitz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung rechtlich und politisch den Umstand, daß Prof. Wolfgang Gessenharter, Dr. Helmut Fröchling und Dipl.-Pol. Markus Birzer von der Universität der Bundeswehr Hamburg gemeinsam mit Buchautoren (Handbuch Deutscher Rechtsextremismus; Antifa Reader) in Erscheinung getreten sind, von denen nach Aussage der Bundesregierung eine größere Anzahl im Zusammenhang mit linksextremistischen Bestrebungen bekanntgeworden ist (vgl. Drucksache 13/9809, Frage 1 und Drucksache 13/9988, Frage 5)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

6. Abgeordneter **Thomas Krüger** (SPD)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den Satzungsänderungen der Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe e. V., die deren Bundesversammlung am 8. November 1997 beschlossen hat und in der nunmehr die Trennung von Jugendarbeit und Jugendweihe durch gesonderte Veranstaltungsangebote vorgesehen ist?

7. Abgeordneter **Thomas Krüger** (SPD)

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, die Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe e. V. auf dieser Grundlage durch Bundesmittel zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

8. Abgeordneter **Wolfgang Zöller** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit nach 14 Jahren die Zuständigkeit im Kompetenzstreit bezüglich der Verlegung der B 8 bei Erlenbach zwischen Bund und Land festgelegt wird, und somit die langjährige Verkehrsbelastung der Anwohner beendet werden kann?

9. Abgeordneter **Wolfgang Zöller** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen zur Umsetzung des Vorhabens „Verlegung B 8" wurden in der Zwischenzeit eingeleitet, nachdem mir im November 1995 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages durch den Parlamentarischen Staatssekretär Manfred Carstens eine zügige Herbeiführung einer Entscheidung in Aussicht gestellt worden war (s. Plenarprotokoll 13/70, S. 6120 C)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter **Dr. Burkhard Hirsch** (F.D.P.)

Wird es in diesem Jahr im Gegensatz zu den Vorjahren gelingen, die Polizeiliche Kriminalstatistik nicht wieder erst Monate nach ihrer Erstellung zu veröffentlichen, und damit vermieden, daß Insider ihnen bekannte Statistikergebnisse bereits vor der Veröffentlichung nutzen, um ihre rechts- oder kriminalpolitischen Forderungen zu untermauern, ohne daß andere diese Angaben daraufhin überprüfen können, ob sie wegen weiterer Ergebnisse der Statistik modifiziert werden müssen oder sachlich unzulässig aus einem Gesamtzusammenhang gerissen worden sind?

11. Abgeordneter **Dr. Burkhard Hirsch** (F.D.P.)

Welches sind die Gründe dafür, daß es bisher immer noch nicht gelungen ist, wie u. a. bereits Ende 1989 von der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gefordert, eine Verlaufsstatistik zu erstellen, die aufzeigt, was aus den von der Polizei erfaßten Fällen bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten geworden ist?

12. Abgeordnete **Dr. Christina Lucyga** (SPD)

Unterstützt die Bundesregierung in dem laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Versorgungsreformgesetz 1998 den Vorstoß des Bundesrates, die „Versorgungslücke" bei Polizeibeamten in den neuen Ländern, die im vorgerückten Alter in das Beamtenverhältnis berufen wurden und bei Eintritt in den Ruhestand derzeit nur die Mindestversorgung erhalten, zu schließen, und beabsichtigt die Bundesregierung beim Schließen der „Versorgungslücke" durch eine Rückwirkungsklausel auch die während des Gesetzgebungsverfahrens ab 1. Januar 1998 in den Ruhestand tretenden Polizeibeamten mit zu erfassen?

13. Abgeordnete **Dr. Christina Lucyga** (SPD)

Wie hoch ist die Zahl der Polizeibeamten in den einzelnen neuen Ländern, die seit 1996 mit einer Mindestversorgung in den Ruhestand getreten sind, und wie hoch ist die Zahl der Polizeibeamten in den einzelnen neuen Ländern, bei denen zur Milderung von Härten die Dienstzeit über die vorgezogene Altersgrenze hinaus bis zum Inkrafttreten des Versorgungsreformgesetzes nach § 25 Abs. 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes und entsprechendem Landesrecht gegebenenfalls verlängert werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

14. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Schätzt die Bundesregierung die Maßnahmen zur Bekämpfung des Zigarettenschmuggels vor dem Hintergrund der Existenzsicherung des deutschen Tabakwaren-Facheinzelhandels und der durch den Schmuggel entgehenden Steuereinnahmen als ausreichend ein, und wenn nein, welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um den Zigarettenschmuggel einzudämmen?

15. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Erwägt die Bundesregierung zur Stärkung des deutschen Tabakwaren-Facheinzelhandels und zur Erhöhung der Steuereinnahmen nach dem österreichischen Modell die Freigrenze für den privaten Zigarettenimport zu begrenzen?

16. Abgeordneter **Dr. Gerald Thalheim** (SPD)

Trifft es zu, daß Landwirtschaftsbetrieben der neuen Bundesländer die Rückerstattung der Getreidemitverantwortungsabgabe aus der zweiten Jahreshälfte 1990 mit der Begründung versagt wird, daß gegenwärtig keine finanziellen Mittel für die Zahlung zur Verfügung stünden, und wie begründet die Bundesregierung diesen Sachverhalt?

17. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Wurden im Vorfeld des Verkaufs der Wohnungen der US-Streitkräfte durch die Bundesvermögensverwaltung Untersuchungen im Hinblick auf Giftbelastungen durchgeführt, und falls ja, wie lauten deren Ergebnisse?

18. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Wird die Bundesregierung die Kosten für erforderliche Sanierungsarbeiten den Käufern bzw. den Mietern ersetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

19. Abgeordnete **Heidemarie Lüth** (PDS)

Haben Langzeitarbeitslose im höheren Lebensalter in rentennahen Jahrgängen eine Chance, bei Nichterhalt von Arbeitslosenhilfe in der gesetzlichen Krankenversicherung zu bleiben, um den Übertritt in die gesetzliche Krankenversicherung der Rentner zu ermöglichen?

20. Abgeordneter **Horst Schmidbauer (Nürnberg)** (SPD)

Mit welcher Begründung verzichtet die Bundesregierung darauf, entgegen dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis das Votum des Sachverständigen-Ausschusses für Verschreibungspflicht, koffeinhaltige Kombinationsschmerzmittel rezeptfrei zu belassen, nicht zurückzuweisen, wie das Magazin „Plusminius"/ARD am 10. März 1998 berichtet hat, obwohl dadurch 6 000 bis 9 000 vermeidbare Dialysefälle und 600 bis 900 vermeidbare Krebsfälle der ableitenden Harnwege jährlich verursacht werden?

21. Abgeordnete **Marina Steindor** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, daß der Sachverständigen-Ausschuß für Verschreibungspflicht den Vorschlag des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), die Verschreibungspflicht für koffeinhaltige Analgetica-Kombinationspräparate einzuführen, abgelehnt hat, obwohl der Gebrauch dieser Präparate nachweislich für ein Fünftel aller chronischen Niereninsuffizienzen verantwortlich ist, und wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?

22. Abgeordnete **Marina Steindor** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Welche Meinung vertritt die Bundesregierung bezüglich einer erheblichen Gebührenerhöhung um mehr als 700% pro Medikament für die Nachzulassung von Arzneimitteln durch das BfArM, wie sie im Referentenentwurf zur Änderung der Kostenverordnung für die Zulassung von Arzneimitteln mit der Begründung der Kostendeckung vorgesehen ist?
23. Abgeordneter **Klaus Kirschner** (SPD)	Wie schätzt die Bundesregierung die Bedrohung von Arbeitsplätzen bei Zahnärzten und bei Zahntechnikerbetrieben in Deutschland durch die Veränderungen und Kürzungen von Leistungen beim Zahnersatz, z. B. durch den Wegfall des Zahnersatzes für nach dem 31. Dezember 1978 Geborene oder der Umstellung von Sachleistung auf Kostenerstattung, generell ein?
24. Abgeordneter **Klaus Kirschner** (SPD)	Wie schätzt die Bundesregierung die Bedrohung von Arbeitsplätzen durch die Gewährung von Festzuschüssen für Zahnersatz in EU-Staaten und Staaten, mit denen ein bilaterales Sozialversicherungsabkommen besteht, ein?
25. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die für Großschadensereignisse und Katastrophen notwendigen Vorsorgeplanungen im personellen, materiellen und organisatorischen Bereich des klinikbetriebenen Katastrophenschutzes verbessert werden müssen, und wenn ja, welche Möglichkeiten hält sie auf Bundes- und Landesebene für notwendig?
26. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, damit die Krankenhausapotheken und die krankenhausversorgenden öffentlichen Apotheken organisatorisch auf eine Notfallversorgung vorbereitet sind und sie auch außergewöhnliche Ereignisse problemlos bewältigen können, bzw. inwieweit sieht sie gesetzgeberischen Handlungsbedarf?

Bonn, den 20. März 1998

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333